



Die Hallenser Studenten im Gespräch mit ihren Bochumer Kommilitonen.
RN-Bild: Jara

Hallenser Studenten besuchen ihre Bochumer Kommilitonen

Diskussionen über politisches Engagement der Studentenschaften

Erstmalig besuchte gestern eine fünfköpfige Delegation der Studentenschaft der Martin-Luther-Universität Halle die Studentenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Die Hallenser Kommilitonen, sämtlich Mitglieder des FDJ-Kreisverbandes, kamen unter der Leitung von dessen erstem Sekretär, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter am Institut für Pädagogik in Halle, H. Kiel. Der Tag in der Ruhr-Universität war eigentlich nur ein „Abstecher“ von einem Besuch, der dem SHB und dem SDS in Münster gilt.

Aber der Bochumer SHB hatte eingeladen und so traf man sich in der Baracke acht, um über das politische Engagement der Studenten in Ost und West zu diskutieren. Zuvor war in Münster in einem öffentlichen Gespräch über das Thema „Wie soll es in Deutschland weitergehen?“ debattiert worden.

H. Kiel, Sprecher der Gäste aus Halle definierte in einem Gespräch mit den Ruhr-Nachrichten klar den Standpunkt, den er und seine Kommilitonen in allen Diskussio-

nen vertreten: „Wir gehen davon aus, das künftige Deutschland solle so beschaffen sein, daß es nie wieder einen Krieg inszeniert. Die Bundesrepublik muß ihre Politik insofern ändern, als auf der Grundlage des status quo der beiden deutschen Staaten Verhandlungen beider Regierungen stattfinden, die zur Normalisierung der Beziehungen führen sollen.“

Die friedliche Lösung der Deutschlandfrage, führte er weiter aus, sei auch ein zentrales Anliegen der Studenten. Nur stehe nach ihrer Meinung im Wege, daß die Bundesrepublik noch keinen Verzicht auf Atomwaffen, die moralische und materielle Unterstützung des amerikanischen Kampfes in Vietnam ausgesprochen habe sowie von einer Forderung nach Grenzrevision nicht abstehe.

Die Gäste aus Halle besichtigten in Bochum nicht nur die Gebäude der Ruhr-Universität, sie nahmen auch an einer Fachschaftssitzung der Juristen teil. Der heutige Samstag soll in Münster noch Fragen der Außenpolitik gewidmet sein.